

Medienmitteilung als Antwort auf den Artikel "Kooperation statt Verhinderungspolitik",
Nidwaldner Zeitung, 01.07.2025

Für eine zukunftsfähige Mobilität – statt Betonpolitik von gestern

Stans, 7. Juli 2025 – Mit Befremden nehmen wir die jüngste Medienmitteilung der Wirtschaftsverbände aus Ob- und Nidwalden zur Kenntnis. Diese fordern die sofortige Umsetzung des Projekts «Bypass Luzern» – und stellen dabei politische wie juristische Prozesse öffentlich infrage.

Einseitige Argumentation ohne Zukunftsperspektive

Der offene Brief, so breit abgestützt er auch erscheinen mag, ist inhaltlich einseitig – und liegt in wesentlichen Punkten falsch. Die Wirtschaftsvertreter stellen den Bypass als Allheilmittel dar. Doch empirische Daten zeigen klar: Mehr Strassen erzeugen mehr Verkehr – und schlussendlich auch mehr Stau. Zudem führen Ausbauten wie dieser lediglich zur Verlagerung des Staus – wie das Beispiel Gubrist deutlich zeigt.

Ein Projekt zum Schaden von Ob- und Nidwalden

Für Ob- und Nidwalden wird der Bypass kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Die Stausituation rund um den Lopper wird sich nach der Bypass-Inbetriebnahme nicht verbessern – im Gegenteil: Sie wird sich ab der Eröffnung spürbar verschlechtern, sowohl auf der Autobahn im Lopperbereich als auch – durch Ausweichverkehr – in vielen Dörfern.

Die Forderung der Wirtschaftsverbände zeugt von einem veralteten, autozentrierten Denken, das grundlegende verkehrswissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert. Wer den Bypass als Lösung verkauft, beschleunigt in Wirklichkeit den Kollaps – sowohl auf der Autobahn als auch auf dem kantonalen Strassennetz.

Einsprache- und Beschwerderecht ist ein demokratisches Instrument

Die Gemeinden Luzern, Kriens und Emmen sowie Umweltorganisationen wie der VCS und der WWF machen von einem verfassungsmässig garantierten Recht Gebrauch. Dieses dient dem Schutz von Natur, Landschaft, Gesundheit und Lebensqualität. Das demokratische Instrument pauschal als «Verhinderungspolitik» abzutun, ist nicht nur falsch, sondern auch demokratiepolitisch bedenklich.

Nachhaltige Mobilität statt veralteter Betonpolitik

Wir anerkennen das Anliegen der Unternehmen, ihre Erreichbarkeit zu verbessern. Doch moderne Wirtschaftspolitik orientiert sich längst an ökologischer Verantwortung, an Lebensqualität und an einer langfristigen Standortentwicklung – im Interesse aller.

Statt an gestrigen Lösungen festzuhalten, braucht es jetzt Weitsicht und Zusammenarbeit. In Zukunft gehören dazu Road Pricing und intelligentes Verkehrsmanagement. Doch bereits heute sind konkrete Massnahmen nicht nur möglich, sondern auch dringend nötig: der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ein durchgängiges, sicheres Velowegnetz, eine umfassende Veloförderung, die Förderung von Fahrgemeinschaften – und vor allem ein wirkungsvolles Mobilitätsmanagement in Verwaltungen und Unternehmen.

Kontakt: Daniel Daucourt, Geschäftsführer, 077 445 73 67